

82. Sitzung des Bundesrates vom 20. November 1951.Vorsitz: Herr Bundespräsident von Steiger.Abwesend: Herr BR. Escher (dienstlich).Schriftführer: HH. VK. Oser und Weber.Beginn: 09.05 Uhr.Schluss: 11.30 Uhr.Gestohlenes Gold aus Holland.

Herr Petitpierre: Wir haben den Standpunkt eingenommen: "Angelegenheit durch Washingtoner Abkommen" erledigt. Holland hat das immer bestritten. Es schlägt nun Schiedsvertrag vor. Es stellen sich u.a. die Fragen: 1.) Kann Holland Rückerstattung verlangen. 2.) Wieviel muss Schweiz zurückgeben. Die wichtigste Frage dabei ist, ob Holland trotz des Abkommens noch Ansprüche geltend machen kann.

Herr Nobs: Die Alliierten haben der Nationalbank den Vorwurf gemacht, dass sie Gold im Werte von über 600 Mio. Fr. entgegengenommen haben von Deutschland. Nach dem Vorschlag des Washingtoner Abkommens hat Holland 80 Mio. erhalten. Herr Stucki hat ihnen gesagt, wenden sie sich an die Amerikaner.

Schweiz als Schutzmacht in Nordkorea und China?

Herr Petitpierre: Eine Reihe von Staaten haben sich an Sekretär der Vereinten Nationen gewandt, man solle Schweiz im Nordkoreanischen Krieg als Schutzmacht vorschlagen. Ein anderer Vorschlag fiel auf Indien. Schwierigkeit, weil Indien einer der Staaten, der den Angriff auf Korea verurteilen. Mit Herrn Rüeegg abgemacht, wir werden keine Demarche unternehmen, aber wir werden zusagen, wenn man uns fragt. Voraussetzung für diese Funktion wäre, dass wir die beiden Regierungen anerkennen.

Hilfe an die Wassergeschädigten Oberitaliens.

Herr Petitpierre: Die italienische Gesandtschaft hat eine Kollekte organisiert bei den italienischen Kolonien in der Schweiz für die Unwettergeschädigten. Das schweiz. Rote Kreuz hat 10'000.- Fr. gestiftet. Sollte die Eidgenossenschaft nicht auch etwas machen.

Herr Bundespräsident: Herr Präsident Einaudi hat Dankestelegramm geschickt. Pianist Franz Josef Hirt möchte ein Konzert geben. Sollte nicht Bundespräsident die Einladung als Ehrenpräsident des Patronatskomitees annehmen? Wir sollten dann aber auch finanziell etwas leisten.

Herr Etter: Unangenehm, dass wir Oesterreich nichts gegeben haben.

Herr Nobs: Ich will Frage prüfen.

Herr Petitpierre: Hilfe hätte mehr symbolischen Charakter. Man könnte Vorschlag machen, die Union international de secours solle sich auflösen und ihr Kapital für die Wassergeschädigten zur Verfügung stellen.

Beschluss: Herr Bundespräsident von Steiger wird in das Patronatskomitee abgeordnet.



276

- 2 -

Besuch des Vertreters von Venezuela in der UNO.

Herr Petitpierre: Der Vertreter von Venezuela will nächste Woche nach Bern kommen und den Herrn Bundespräsidenten und mich besuchen am Montag zwischen 5 und 6 Uhr. Am Dienstag Empfang auf Gesandtschaft. Bundesrat vertreten durch HH. Etter und Nobs.

Schreiben der Finanzdelegation betr. Besoldungsmassnahmen für leitende Beamte.

Herr Etter: Ich möchte bitten, dass man uns eine Kopie dieser Zuschrift zustellt. Bundesrat soll darauf achten, dass die gesetzlichen Kompetenzen nicht verschoben werden. Dort, wo Bundesrat Kompetenz hat, sollten wir nicht rütteln lassen.

Herr von Steiger: Jedes Mitglied des Bundesrates erhält ein Exemplar dieses Briefes. Exekutive soll in ihren Kompetenzen beschränkt werden. Giacometti erzieht ganze Generationen in diesem Sinne.

Volkswirtschaftsdepartement. Wirtschaftliche Landesverteidigung. Vorbereitung der rechtlichen Grundlagen.

Da noch eine einzige Differenz betr. der Kompetenzdelegation besteht, wird beschlossen, das Geschäft auf den Kanzleisch zu legen.

Romreise von Bundesrat Rubattel betr. Angelegenheiten FAO.

Der Bundesrat ist damit einverstanden, dass Herr Rubattel sich zu Informationszwecken nach Rom begibt, um dort mit verschiedenen Landwirtschaftsministern aus Mitgliedstaaten zu konferieren.

Beschwerde E.W. Amriswil.

Verschieben bis Herr Dr. Kobelt da ist.

Hilfeleistung an Lawinen- und hochwassergeschädigte Privatbahnen, Entwurf der Botschaft.

Auf Seit 10 und 11 finden sich Ueberlegungen über die Schäden vom November. Das würde bedingen, dass auch im anderen Bericht über Wasserbauten diese Schäden erwähnt werden.

Herr Etter: Unsere Ausführungen sind allgemeiner Art und wir haben uns nur bei den Schäden von Strassen und Brücken auch auf den Fall vom August bezogen.

Basketball Schweiz-Jugoslawien.

(s. ordentliches Protokoll vom 20. November 1951.)

3e Congrès international de médecine légale et de médecine sociale.

(s. ordentliches Protokoll vom 20. November 1951.)

Feier des 200. Geburtstages Johannes von Müller. Einladung.

(s. ordentliches Protokoll vom 20. November 1951.)

Länderspiel Schweiz - Italien.

(s. ordentliches Protokoll vom 20. November 1951.)

IV. Kongress für gerichtliche und soziale Medizin.

Dieser Kongress kann nicht stattfinden, weil sich die französischen Delegierten nicht einigen konnten.

Pressefreiheit, Text zum neuen Verfassungsartikel 55.

Der Herr Bundespräsident gibt den Text bekannt, wie er aus den Beratungen der Kommission hervorgegangen ist.

Dadurch wird Art. 102 BV gewissermassen ausgeschaltet. Die richterliche Prüfung sollte, wenn man sie einführen will, bei der Verletzung aller Individualrechte Platz greifen nicht nur bei der Pressefreiheit allein.

Herr Etter: Der Absatz "Massnahmen, die sich nicht auf solche Bestimmungen stützen, sind unzulässig" stellt eine Entwaffnung des Bundesrates dar. Es sind schon oft Vorlagen in den Räten ein Jahr lang beraten und in der Volksabstimmung abgelehnt worden. Gegen diesen Zusatz müssen wir Stellung nehmen.

Herr Nobs: Die richtige Lösung dürfte in der Richtung der Andeutung des Herrn Bundespräsidenten liegen, d.h. die richterliche Beurteilung vorsehen bei allen Verletzungen von Individualrechten. Wir sollten dahin tendieren, die Rechte der Exekutive zu wahren aber für die Individualrechte der BV den richterlichen Schutz gewähren.

Herr von Steiger: Die Presse sollte vorsichtig sein. Wir haben als Experten auch Herrn Bourquin eingeladen. Ich werde den Standpunkt des Bundesrates im Sinne der Aussprache vertreten.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Bundeskanzlei	<u>BG über die Erhaltung bäuerlichen Grundbesitzes.</u> <u>Abonnementspreis Bundesblatt und Gesetzessammlung.</u> <u>Bericht über die Nationalratswahlen.</u> <u>Herr Bundespräsident: Die Tessiner Regierung hat erklärt, die Bundesanwaltschaft sollte nicht zu früh eingreifen, sie möchte vorher selber zur strafrechtlichen Angelegenheit Stellung nehmen.</u> <u>Bericht über die Eröffnung und Erweiterung von Gasthöfen.</u>
Politisches Dept.	<u>Agrément für Beat von Fischer nach Aethiopien.</u> <u>Beförderung P.H. Aubaret zum Sektionschef I.Kl.</u>

278

- Politisches Dept. Convention internat. pour la protection des végétaux.
- Justiz & Polizeidept. Verwaltungsbeschwerde Walter Kopp.
Strafsache Stengele Emil und Huber Hermann.
- Militärdept. Kleine Anfrage Tenchio.
Verordnung über die Beförderung im Heere.
- Finanz & Zolldept. Schweiz.-niederländ. Doppelbesteuerungsabkommen.
- Volkswirtschaftsdept. Aufnahme des Personals der Verrechnungsstelle in die Versicherungskasse.
Franz.-schweiz. Wirtschaftsverhandlungen.
- Post & Eisenbahndept. VV betr. die Arbeitszeit beim Betriebe der Eisenbahnen.

Herr Estor: Der Absatz "Massnahmen, die sich nicht auf solche Bestimmungen stützen, sind unzulässig" stellt eine Entwertung des Bundesgesetzes dar. Es sind schon oft Vorläufe in den Jahren ein Jahr lang beraten und in der Volksabstimmung abgelehnt worden. Gegen die den Zusatz müssen wir Stellung nehmen.

Herr Kopp: Die richtige Lösung dürfte in der Richtung der Änderung des Herrn Bundespräsidenten liegen, d.h. die richterliche Beurteilung vorzuziehen bei allen Verletzungen von Individualrechten. Wir sollten dahin tendieren, die Rechte der Exekutive zu wahren aber für die Individualrechte der BV den richterlichen Schutz zu gewähren.

Herr von Steiner: Die Presse sollte vorsichtig sein. Wir haben als Experte auch Herrn Boppstein eingeladen. Ich werde den Standpunkt des Bundesrates im Sinne der Aussprache vertreten.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Bundeskanzler
BG über die Erhaltung bayerischen Grundbesitzes.
Abonnementpreis Bundesrat und Gesetzessammlung.
Bericht über die Nationalratswahlen.
 Herr Bundespräsident: Die Tessiner Regierung hat erwirkt, die Bundesanwaltschaft sollte nicht zu früh eingreifen, sie möchte vorher selber zur straffrechtlichen Angelegenheit Stellung nehmen.
Bericht über die Erfüllung und Erweiterung von Gestäten.
 Politisches Dept. Abkommen für Best von Fischer nach Asthologie.
 Beförderung F.H. Aubert zum Sektionschef I.KI.